

Initiativantrag

Bundesjugendwerkskonferenz 2022

Initiator*innen:

Titel: Putins Krieg in der Ukraine stoppen, Solidarität zeigen und leben Militarisation verhindern, Sozialstaatlichkeit erhalten

Antragstext

1 Die Bundesjugendwerkskonferenz positioniert sich gegen die russischen
2 Kampfhandlungen in der Ukraine. Sie fordert deshalb alle politischen
3 Entscheidungsträger*innen, vor allem die Abgeordneten des Deutschen Bundestags,
4 auf, sich weiterhin für ein schnelles Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine
5 einzusetzen. Zudem dürfen durch die gestiegenen Verteidigungsausgaben die
6 sozialen staatlichen Verpflichtungen nicht beeinträchtigt werden.

Begründung

7 Wir stehen fassungslos vor dem Bruch des Völkerrechts und dem von Wladimir Putin
8 begonnenen Krieg durch den Überfall auf die Ukraine. Wir wollen, dass dieser
9 Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Viele Jugendwerke haben mit Beginn
10 des Krieges sofort konkret gehandelt und Spendensammlungen, sowie soziale
11 Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine organisiert. Wir verstehen dies als
12 unsere Pflicht im Rahmen unserer Arbeit als politischer Kinder- und
13 Jugendverband und als konkrete Ableitung unserer verbindlichen Werte. Kritisch
14 sehen wir deshalb auch einige innenpolitische Entwicklungen in Deutschland. Über
15 das kreditfinanzierte „Sondervermögen“ der Bundeswehr wird der Staatshaushalt
16 außerplanmäßig belastet. Wir befürchten vor diesem Hintergrund eine
17

18 Einschränkung der Finanzierung in der Sozialen Arbeit, Gesundheit, Bildung oder
19 Integration. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Herausforderungen größer
20 und gleichzeitig finanzielle Mittel knapper werden, ist eine zusätzliche und
21 einschneidende Kürzung von Mitteln für Betreuungs-, Beratungs- und
22 Hilfeleistungen sowie der außerschulischen Bildung der falsche Weg, um die
23 individuelle Entwicklung zu fördern, Hilfe zu leisten und gesellschaftliche
Probleme zu reduzieren.

24 Wir wollen keinen Krieg in Europa. Durch den Krieg in der Ukraine gibt
25 Deutschland mehr Geld für die Bundeswehr aus. Dieses Geld darf nicht in anderen
26 Bereichen eingespart werden.